



Die NAMA-Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO): Eine Gefahr für Umwelt und Entwicklung

Forderungen deutscher Nichtregierungsorganisationen

November 2005

Die aktuellen Verhandlungen über den „Marktzugang für nicht-landwirtschaftliche Produkte“ (Non Agricultural Market Access, NAMA) stellen die entscheidenden Weichen für die Chancen einer nachhaltigen industriellen Entwicklung in Entwicklungsländern. Der Auf- und Ausbau von Industriesektoren ist von zentraler Bedeutung für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Ob sie überhaupt mittel- bis langfristig einen höheren Entwicklungsstand erreichen und die Armut wirksam reduzieren können, wird wesentlich vom Ausgang der Industriegüterverhandlungen abhängen.

Die deutsche Bundesregierung vertritt den Wünschen der Industrie folgend sehr offensive Interessen bei den NAMA-Verhandlungen. Deutschland gehört zu den EU-Ländern, die den aggressiven Liberalisierungskurs der EU bei NAMA unterstützen und eine deutliche Senkung der Industriezölle in der WTO vehement einfordern. Damit nimmt sie bewusst in Kauf, dass:

- die Industrialisierungschancen der Entwicklungsländer bedroht werden,
- ihnen wichtige wirtschaftspolitische Spielräume beschnitten werden,
- es mehr Arbeitslosigkeit und Armut in den Entwicklungsländern geben wird,
- eine Marktöffnung für Forst- und Meeresprodukte den Kahlschlag der Wälder und einen Raubbau der Meere forcieren und ein zukunftsfähiges Management von Umweltressourcen erheblich erschweren wird.

Aus diesen Gründen fordern wir – gemeinsam mit vielen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften weltweit – einen Stopp der forcierten Liberalisierung im Rahmen der WTO-Verhandlungen und eine Neubewertung der Verhandlungsziele.

Das Ziel der Industrieländer und ihrer Wirtschaftsvertreter

Das Ziel der Industrieländer und ihrer Wirtschaftsvertreter bei den NAMA-Verhandlungen ist eindeutig: zum Wohle ihrer wettbewerbsfähigeren Industrien wollen sie eine weitgehende Zollsenkung für sämtliche Waren des verarbeitenden Sektors sowie für wichtige Umweltressourcen (Fisch, Holz, mineralische Rohstoffe) durchsetzen. Ferner sollen so genannte ‚nicht-tarifäre Handelshemmnisse‘ (wie Einfuhrverbote, Subventionen, Kennzeichnungen) abgebaut werden. Die EU – unterstützt von der Bundesregierung und der deutschen Industrie – drängt auf Zollsenkungen, nach der die Zölle von Industrie- und fortgeschrittenen Entwicklungsländern unter einer Obergrenze von 10 Prozent liegen würden sowie die der anderen Entwicklungs-

länder unter 15 Prozent. Von den ärmsten Entwicklungsländern (LDCs) erwartet die EU zwar noch keine weitreichenden Zollsenkungen, aber eine umfassende Bindung und damit Festlegung ihrer Zölle. Die USA streben sogar einen vollständig freien Handel auf weltweiter Ebene für sämtliche Industrie- und Konsumgüter bis 2015 an – und haben darüber hinaus zahlreiche so genannte ‚Sektor-Abkommen‘ vorgeschlagen, d.h. bei ausgewählten Industriesektoren (wie Waldwirtschaft, Fischerei, Chemikalien, Elektronik-geräte) soll die Liberalisierung besonders zügig durchgeführt werden.

Folgen für Entwicklung: Das „Wegtreten der Entwicklungsleiter“

Für die Mehrheit der Entwicklungsländer bleiben nur Zölle als zentrales Instrument für die erfolgreiche außenwirtschaftliche Absicherung ihrer industriellen Entwicklung übrig. Der Grund: die Abkommen der WTO und bilaterale und regionale Handelsabkommen. Denn das WTO-Abkommen über geistige Eigentumsrechte (TRIPs) erschwert den Technologietransfer, das WTO-Abkommen zu handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen (TRIMs) schränkt Regulierungsmöglichkeiten bei ausländischen Direktinvestitionen ein, Subventionen sind nur noch begrenzt erlaubt, und mengenregulierende Einfuhrquoten mussten mehrheitlich in Zölle umgewandelt werden. Werden Entwicklungsländer nun auch noch gezwungen, ihre Industriezölle zu senken, wird ihnen jegliche Chance einer nachhaltigen industriellen Entwicklung genommen.

Dabei zeigt ein Blick in die Geschichte erfolgreicher Entwicklungsprozesse, dass die meisten der heute entwickelten Länder Schutzzölle, Subventionen und andere Maßnahmen nutzten, um ihre jungen Industrien im Anfangsstadium ihrer Entwicklung zu fördern. Dies gilt für Großbritannien, die USA, Japan, Frankreich und Deutschland. Die Zollsätze dieser Länder lagen um ein vielfaches höher, als die, die zur Zeit in vielen Entwicklungsländern gelten bzw. als jene, die in den meisten Entwicklungsländern gelten werden, wenn die Industrieländer ihre NAMA-Agenda durchsetzen. Doch auch Erfahrungen aus jüngerer Zeit bestätigen die Bedeutung des Schutzes von jungen, noch nicht wettbewerbsfähigen Industrien. Erfolgreiche Entwicklungsländer wie Korea, Taiwan, China und Indien haben allesamt ihre industrielle Leistungsfähigkeit im Schutz von Zollmauern und anderen staatlichen Fördermaßnahmen entwickelt.

Ein weitreichender Abschluss der NAMA-Verhandlungen käme vor diesem Hintergrund einem ‚Wegtreten der Entwicklungsleiter‘, also einem Wegschlagen ehemals von Industrieländern für ihre eigene Entwicklung wirksam genutzten wirtschaftspolitischen Instrumenten gleich.

Umweltfolgen: Liberalisierter Umweltverbrauch statt zukunftsfähiges Ressourcenmanagement

Aber auch aus Umweltperspektive sind die bisherigen Vorschläge der EU in den NAMA-Verhandlungen in ihren Auswirkungen verheerend. Denn bei NAMA geht es nicht nur um Industriegüter, sondern auch um ökologisch höchst sensible Produkte aus Wald und Meer. Entsprechend der Logik der NAMA-Verhandlungen soll ein verbesserter Marktzugang für nicht-agrarische Güter diese billiger machen und dadurch ihre Nachfrage erhöhen. Da aber häufig die Produktion von Gütern nicht nachhaltig ist, führt ein sinkender Preis, eine wachsende Nachfrage und eine erhöhte Produktion zu mehr Umweltzerstörung. Deswegen steht zu befürchten, dass die NAMA-Verhandlungen z.B. auch die Zerstörung der Wälder und Plünderung der Meere vorantreiben werden.

Forderungen deutscher Nichtregierungsorganisationen

Wir fordern daher die WTO-Mitgliedstaaten – allen voran die Bundesregierung und die EU - auf:

- die NAMA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form auszusetzen und eine umfassende und unabhängige Analyse der zu erwartenden Effekte der Liberalisierung auf die soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung durchzuführen;
- anzuerkennen und zu garantieren, dass nationale Politikspielräume und Flexibilität beibehalten werden. Entwicklungsländern muss das Recht zugestanden werden, regulierende Instrumente für den Aufbau von zukunftsfähigen Ökonomien einzusetzen. Nur so kann mittel- bis langfristig die Beschäftigung und soziale Wohlfahrt gefördert, die Gesundheit und Umwelt erhalten und der politische Rahmen für eine öffentliche Partizipation an politischen Prozessen sinnvoll gestaltet werden;
- die Förderung einer rohstoffschonenden und zukunftsfähigen Bewirtschaftung von Umweltressourcen voranzutreiben und die weitere Liberalisierung des Handels im Bereich von natürlichen Rohstoffen wie Holz-, Fisch-, Öl- oder Gas-Ressourcen zu stoppen.